



„Ich unterstütze dieses Engagement ausdrücklich“

OB-Kandidat Eckhard Scholz bestätigt im Interview, dass er zu LSBTI-Projekten steht

Seite 5 bis 6

Intrigen und Eitelkeiten in der Rathausaffäre

Siebzig Jahre SPD haben ihre Spuren hinterlassen: Selbstbedienung und Günstlingswirtschaft.

Seite 7

War der Genderstern nur Ablenkung?

Wie die Rathauspitze LSBTI instrumentalisiert hat, um von den eigenen Problemen abzulenken

Seite 8



Liebe Leser!

Hannover hat die Wahl. Zwei Jahre vor der Zeit müssen sich die Wählerinnen und Wähler am 27. Oktober entscheiden, wer sie aus der Riege der zehn Kandidatinnen und Kandidaten als neuer Oberbürgermeister oder – was völlig neu wäre – als neue Oberbürgermeisterin an der Stadtspitze zukünftig vertreten darf. Die finale Entscheidung fällt aller Voraussicht nach erst in der Stichwahl am 10. November – dann hat die Landeshauptstadt endlich wieder einen obersten Repräsentanten und Hauptverwaltungsbearbeiter.

Wir beleuchten in unserem aktuellen Newsletter noch einmal, warum es zu dieser vorgezogenen Neuwahl kam (Seite 7) und machen auch deutlich, warum aus unserer Sicht ein parteipolitischer Wechsel an der Spitze des Rathauses dringend notwendig ist (Seite 9). Was wir in LSBTI-politischer Hinsicht zu erwarten haben, fragten wir den Kandidaten der CDU Hannover, Dr. Eckhard „Ecki“ Scholz. Seine Antworten finden sich auf den Seiten 5 und 6. Was die Stadt Hannover jetzt schon tut, ist auf Seite 4 nachzulesen. Homosexuelle Ampelmännchen und Regenbogenzebrastreifen wären dabei sicher eine schöne symbolische Erweiterung des Portfolios, gingen aber an den (leider immernoch)

vorhandenen, handfesten Problemen von LSBTI-Menschen vorbei. Dass ein aufgehender (Gender-)Stern zur rechten Zeit aber durchaus manchmal zumindest von handfesteren Problemen ablenken kann, erläutern wir auf Seite 8.

Ich wünsche allen eine anregende Lektüre. Allen Hannoveranern sei zudem ans Herz gelegt, trotz des manchmal ungemütlichen Herbstwetters zur Wahl zu gehen – oder sich rechtzeitig um die Briefwahlunterlagen zu kümmern. Jede Stimme zählt!



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: LSU

LSU zu Gast bei der HuK

Vom Keller in die Belletage

Im Oktober war LSU-Landeschef Alexander van der Wardt Ehrengast beim monatlichen Treffen der ökumenischen Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK) in Hannover. Nach einer Andacht in der Kreuzkirche war er eingeladen, die Arbeit der LSU vorzustellen. Dabei fielen viele Gemeinsamkeiten auf: Beide Gruppen brauchten Jahre, bis sie von der Mutterorganisation angemessen anerkannt wurden. Jetzt sind sie selbstverständlicher Bestandteil.



Foto: LSU/Pixabay

Wechsel bei der LSU Hamburg

Thomas Thomsen übernimmt Landesvorsitz

Christian Röbbcke-Gronau, langjähriger Landesvorsitzender der LSU Hamburg, ist von seinem Amt in zurückgetreten. Als sein bisheriger Stellvertreter übernimmt Thomas Thomsen deshalb kommissarisch die Aufgabe des Landes-Chefs in der Hansestadt. Die LSU in Niedersachsen dankt an dieser Stelle Christian für die vielen schönen Jahre gemeinsamer politischer Arbeit und sagt Thomas zu: Niedersachsen und Hamburg stehen Seit an Seit.



Foto: CDU

Silvia Breher nominiert

Wer folgt auf Ursula von der Leyen?

Das Präsidium der Niedersachsen-CDU hat Silvia Breher, Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Cloppenburg-Vechta, als Nachfolgerin für Ursula von der Leyen als stellvertretende CDU-Chefin vorgeschlagen. Ende November entscheidet der Bundesparteitag über die Personalie. Die Vorsitzende des CDU-Landesverbands Oldenburg gehört zwar erst seit 2017 dem Bundestag an, hätte aber für die Öffnung der Ehe gestimmt, sagte sie.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Vielfältige Zuwendungen

Die Landeshauptstadt fördert LSBTI-Projekte



Beratungsstelle Osterstraße

2019: 58.522 €
2020: 57.657 €



CSD Hannover

2019: 10.150 €
2020: 10.000 €



Vielfaltzentrale e.V.

2019: 83.183 €
2020: 81.954 €



BTZ
BERATUNGS- UND
THERAPIEZENTRUM

Trans*Beratung

2019: 11.500 €
2020: 11.500 €



Queeres Jugendzentrum

2019: 25.000 €
2020: 25.000 €



SCHLAU Hannover

2019: 19.027 €
2020: 18.746 €

LSB-TI-Rechte sind Freiheitsrecht. Sich für diese Rechte einzusetzen, ist aber nicht nur ein hehres Ziel, für das einzutreten viel Motivation, Durchhaltevermögen und Idealismus erfordert. Das Engagement kostet auch richtig Geld, viel Geld. Deshalb konkurrieren inzwischen eine Fülle von LSBTI-Organisationen um (verglichen mit anderen Bereichen) eher spärliche Fördertöpfe – und dies auch noch mit anderen Akteuren im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich.

Das gilt auf Bundes- und Landesebene, aber eben auch für die Kommunen. Hier kommt in der Regel die zusätzliche Herausforderung hinzu, dass es sich ganz überwiegend um freiwillige Leistungen der Städte und Gemeinden handelt. Es werden also Aufgaben wahrgenommen und finanziert, für die es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, die aber (aus Sicht der jeweiligen Kommune) für ein funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar sind.

Die Landeshauptstadt ist in diesem Bereich ziemlich gut aufgestellt – was im vergangenen Jahr auch mit der Verleihung des Max-Spohr-Preises des Völklinger Kreises gewürdigt wurde. In den Jahren 2017 und 2018 gab die Stadt Hannover rund 170.000 Euro für die Unterstützung von LSBTI-Organisationen und -Projekten aus. Aktuell ist diese Summe sogar auf annähernd 220.000 Euro (Haushaltsansätze jeweils für 2019 und 2020) angewachsen.



Darunter fallen zum Beispiel die Förderung des CSD, die Unterstützung des der Vielfaltszentrale (Trägerverein des Andersraums), von SCHLAU Hannover und anderer Beratungsstellen. Seit neuestem gehört mit „QueerUnity“ nun auch das erste queere Jugendzentrum in der Landeshauptstadt dazu.

Geradewegs ein Alleinstellungsmerkmal hat Hannover dadurch, dass es sich mit dem „Beauftragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt“ (18. LS) ein mit drei hauptamtlichen Mitarbeitern besetztes Sachgebiet im Fachbereich Personal und Organisation leistet, das die LSBTI-Arbeit der Stadtverwaltung koordiniert und die unterschiedlichen Akteure miteinander vernetzt. Letzteres geschieht seit geraumer Zeit vor allem durch den regelmäßig stattfindenden „Runden Tisch Emanzipation und Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Landeshauptstadt Hannover“, dem der jeweilige Personaldezernent oder dessen Vertretung vorsitzt. Es passiert also einiges und die Kommunen können eine größere Rolle spielen, als man gemeinhin denkt. <



Echter Neuanfang – und klare Zusagen

OB-Kandidat Eckard Scholz im Interview mit der LSU

Eckhard Scholz (Ecki genannt) tritt am 27. Oktober für die CDU als Kandidat für das Oberbürgermeisteramt in der Landeshauptstadt Hannover an. In den vergangenen Wochen hatte die LSU häufig die Gelegenheit, sich mit dem früheren Vorstandsvorsitzenden von Volkswagen Nutzfahrzeuge auszutauschen. Der parteilose Kandidat überzeugt durch seine Unabhängigkeit und seine klare Haltung.

LSU: Lieber Ecki Scholz, 2018 hat die Landeshauptstadt Hannover den Max Spohr Preis des Völklinger Kreises erhalten. Ausgezeichnet wurde die Stadt

unter anderem für ihre personell besonders gut ausgestattete Abteilung „18.LS“. Behalten Sie das so bei?

Ecki Scholz: Ja, ohne Einschränkungen. Ich unterstütze dieses Engagement ausdrücklich.

Als Vorstandsvorsitzender von VWN standen Sie an der Spitze eines großen Unternehmens, das sich Diversity Management auf die Fahne geschrieben hat. Welche Bedeutung hat die Wertschätzung von Vielfalt Ihrer Meinung nach für einen Wirtschaftsstandort?

Wenn ein großes, international tätiges Unternehmen mit ganz

unterschiedlichen internen und externen Stakeholdern bestimmte Menschen benachteiligt oder gar ausschließt, wird es dieses Unternehmen nicht mehr lange geben. Der Ruf leidet erheblich, die Personalgewinnung wird sehr schwierig, die Einsatzbereitschaft der Belegschaft sinkt. Gleiches gilt in einer globalisierten Welt für ganze Wirtschaftsstandorte. Das ist die ökonomische Perspektive. Wichtiger ist mir allerdings die soziologische Perspektive: Im Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben insbesondere große Unternehmen und Behörden eine wichtige Vorbildfunktion. >

Sie haben Auslandserfahrung. Welche Eindrücke bringen Sie da mit in die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft, was den Umgang mit unterschiedlichen Nationalitäten, Wertvorstellungen, Orientierungen betrifft?

Auch wenn das Arbeitsumfeld zum Beispiel bei Škoda in Prag sehr international gewesen ist, war es für meine Frau und mich eine sehr prägende Erfahrung, für fünf Jahre selbst einmal Ausländer gewesen zu sein. Das schärft den Blick für die Probleme, die Ausländer möglicherweise hier in Deutschland haben. Ich habe gelernt, mich auf die Gegebenheiten einzulassen und das Verhalten der Menschen um mich herum zu antizipieren. Man hat uns überall gut behandelt, weil wir uns angepasst haben. So würde ich es auch als Oberbürgermeister halten: Wer zu uns kommt und nach unseren freiheitlich-demokratischen Regeln handelt, wird in mir einen großen Förderer finden.

Einer Ihrer Mitbewerber möchte Hannover zur „Gay City“ des Nordens machen – und denkt dabei an Regenbogenzebrastreifen und schwule Ampelmännchen. Was wäre da ihr Ansatz, um Hannover LSBTI-freundlicher zu machen?

Ich halte wenig von Symbolpolitik. Entscheidend ist, dass wir Vielfalt wirklich leben und allen Menschen den gleichen Respekt entgegenbringen. Das funktioniert am besten, indem man im ständigen Dialog steht, Probleme

offen diskutiert und gemeinsam an Lösungen arbeitet. Der LSBTI-Community werde ich immer zuhören, und sie wird in mir einen politischen Unterstützer finden, der ihre unveräußerlichen Rechte schützt. Ich bin jederzeit bereit, dort zu helfen, wo Hilfe erwünscht oder erforderlich ist.

Im queeren Jugendzentrum haben Sie gehört, dass Schutzräume für Homosexuelle doch noch notwendig sind. Was tun Sie als Oberbürgermeister dafür, dass sich in Hannover niemand verstecken und niemand nachts Angst haben muss?

Es stimmt mich nachdenklich, dass wir im Jahr 2019 noch immer derartige Schutzräume benötigen. Selbstverständlich werde ich als Oberbürgermeister alle Initiativen finanziell und ideell unterstützen, die Homosexuellen Schutz bieten. Unser gemeinsames Ziel muss es aber sein, dass in unserer Stadt niemand Angst vor Verfolgung und Gewalt haben muss. Ich möchte daher zum einen die bestehenden Aufklärungsmaßnahmen der Stadt fortsetzen, zum anderen aber mehr Engagement im Bereich der öffentlichen Sicherheit zeigen. Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Hannover ist stark beeinträchtigt. Ich beabsichtige daher, die Stellen im kommunalen Ordnungsdienst zu verdoppeln und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Stadtteilen einzusetzen – auch und gerade zu vorgerückter Stunde. <

„Wer zu uns kommt und nach unseren freiheitlich-demokratischen Regeln handelt, wird in mir einen großen Förderer finden.“

Ecki Scholz auf Tour mit der LSU



Beim CSD

Am Pfingstwochenende besuchte Eckhard Scholz das Straßenfest zum Christopher Street Day in Hannover. Kurz nach seiner Vorstellung durch die Parteispitze war das einer seiner ersten offiziellen Termine.



Im Andersraum

Im Andersraum ließ sich Eckhard Scholz die Arbeit von Hannovers „queerem Zentrum“ von Corinna Weiler und Michael Schröder vorstellen.



Beim Queeren Jugendzentrum

Ende August wurde in Hannovers Nordstadt das queere Jugendzentrum vorgestellt. Auch da war Eckhard Scholz natürlich dabei.

Warum wählt Hannover?

Intrigen, Eitelkeiten und Günstlingswirtschaft in der Rathausaffäre

Was im Oktober 2017 mit Günstlingswirtschaft aus Liebe begann (der damalige Kulturdezernent wollte seiner Lebensgefährtin eine lukrativere Stelle verschaffen), entwickelte sich schnell zu einem Fegefeuer der Eitelkeiten. Anmaßungen und Unzulänglichkeiten dreier Männer lähmten bis Mitte 2019 die Stadtverwaltung. Die Rathausaffäre wird auch noch weiterhin die Justiz beschäftigen.

Ein Machtkampf wird zur Schlamm Schlacht

Ein mächtiger Personal- und Kulturdezernent (Harald Härke) und ein ambitionierter Geschäftsbereichsleiter des Oberbürgermeisters (Frank Herbert), der so gerne selber Dezernent wäre, es aus verschiedensten Gründen aber nicht wird und nun, so scheint es, wenigstens das Salär eines solchen erhalten möchte, liefern sich einen Machtkampf, der immer mehr zur Schlamm Schlacht ausartet. Durch gegenseitige Vorwürfe, Indiskretionen, die zeitwillig sogar die Anschuldigung des Geheimnisverrats im Raum stehen lassen, sowie durch Gewährung und Vereinnahmung unrechtmäßiger Zulagen verstricken sich beide so sehr und offenbaren dabei immer größere Abgründe an der Stadtspitze, dass am Ende beide ihr Amt verlieren, vor den Scherben ihrer beruflichen Existenz stehen und sich nun beide wegen schwerer Untreue vor dem hannoverschen Landgericht verantworten müssen: der eine wegen Anstiftung,

der andere wegen der Begehung. Über all diesem steht ein Oberbürgermeister (Stefan Schostok), der seit Abschaffung der Zweigleisigkeit nicht nur oberster Repräsentant der Landeshauptstadt, sondern als Hauptverwaltungsbeamter auch Chef der rund 11.000-köpfigen Stadtverwaltung ist. Ein Mann, der sein Berufsleben der SPD gewidmet hat und nun durch sein Handeln oder Nichthandeln, sein Wissen oder sein Nichtwissenwollen selbst in den Strudel gerät. Oder hat er diesen Strudel selbst hervorgeufen und befördert? Dies wird das Gericht klären müssen, denn auch er muss sich wegen des Vorwurfs der schweren Untreue dort verteidigen.

SPD: Schostok hat alles richtig gemacht

Die SPD hält fast 19 Monate lang an ihrem Oberbürgermeister fest und betont sogar, er habe „alles richtig gemacht“. Zu diesem Zeitpunkt sind die beiden anderen Protagonisten schon lange suspendiert. Rücktrittsforderungen oder gar nur die Aufforderung, der Oberbürgermeister möge bis zur Klärung der Vorwürfe seine Amtsgeschäfte ruhen lassen, werden von den seit über 70 Jahren regierenden Sozialdemokraten eisern zurückgewiesen. Erst, als die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt und für diesen Oberbürgermeister nichts mehr zu ret-

ten ist, lässt man ihn fallen und es wird still um ihn. Er hat jedoch sein Büro noch nicht ganz leerräumt, da präsentiert die SPD als erste aller hannoverschen Parteien bereits ihren Kandidaten – so viel zur Solidarität unter den Genossen. Dass der frisch aus dem Hut gezauberte Kandidat zehn Jahre lang als Stadtkämmerer an herausgehobener Stelle im Rathaus Verantwortung trug, stört dabei nicht. Seine Verwaltungserfahrung gilt nunmehr als Vorteil, eine Alternative gibt es nicht – auch nicht für die Parteimitglieder, die den Kandidaten auf dem hannoverschen Schützenfest nur noch abnicken durften.

Nun haben die Bürger Hannovers, die schon lange die vielen Wendungen der sogenannten „Rathausaffäre“ nicht mehr in jedem Detail nachvollziehen können oder wollen, die Wahl. Wollen sie, dass Hannover zwar *besser gemacht*, aber im Wesentlichen weiter geführt wird wie bisher? Wollen sie den *Aufbruch wagen*? Oder wünschen sie sich einen *echten Neuanfang*?



War der Genderstern nur Ablenkung?

Wie Hannovers Stadtspitze LSBTI instrumentalisiert hat

Kürzlich wurde Stefan Schostok, Hannovers früherer SPD-Oberbürgermeister, zum „Sprachpanscher des Jahres“ gekürt. Der Verein für Deutsche Sprache reagierte damit auf den genderpolitischen Vorstoß, den die hannoversche Stadtspitze Anfang des Jahres gewagt hatte. Damals hatte Schostok mit der Einführung der gendergerechten Verwaltungssprache ein bundesweites Medienecho ausgelöst. Eine Broschüre unterrichtete die Rathausmitarbeiter darüber, dass die Politik in Zukunft etwa am Redepult anstatt am Rednerpult ihre Positionen vortragen sollte. Auch sprechen die Politiker (und Politikerinnen) in der Landeshauptstadt nun nicht mehr zu den Bürgern, sondern zu den Bürger*innen – oder vielleicht auch manchmal nur zu den Wählenden.

Wochenlang anhaltende Debatte über Sprache

Die Folge dieser kleinen Broschüre war eine wochenlang anhaltende Debatte über die deutsche Sprache im Allgemeinen, Verwaltungssprache im Besonderen und die Frage, ob diese neue Regelung nun Minderheiten hilft oder vielleicht doch die Frauenbewegung unterminiert. Eine Frage, die jedoch viel zu selten oder viel zu leise gestellt wurde, war diese: Wem nützte eigentlich die Debatte?

Es steht eine Vermutung im Raum (und die ist auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen), die der die LSBTI-Community zu denken

geben sollte: War der Genderstern nur ein Ablenkungsmanöver? Seit Monaten schwelte die Rathausaffäre um Schostok, seinen Büroleiter Herbert und den Personaldezernenten Härke. Mutmaßungen über mögliche Termine einer Anklageerhebung gegen den einen oder den anderen dieser drei Herren kursierten. Noch dazu überschattete ein Rechtsstreit zwischen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) und der Landeshauptstadt die Szenerie. Die Stimmung im Rathaus war angespannt.

Geschicktes Krisenmanagement

Um in dieser besonderen Situation die Außenwirkung zu verbessern, hatte erst kurz zuvor eine neue Stadtsprecherin ihre Arbeit aufgenommen (nachdem der vorherige Stadtsprecher zunächst zu Encicity und anschließend zur Grünen Landtagsfraktion gewechselt war). Die neue Kommunikationschefin war nicht irgendwer, sondern eine Professorin für Angewandte Public Relations. Eine Lektion aus dem Vorlesungsfundus der Expertin für Krisenkommunikation: ablenken, einen Nebenkriegsschauplatz eröffnen. Mit dem Genderstern ist das allemal gelungen.

Aber was bedeutet das für die Community? Die CDU zeigt sich sicher nicht als Vorkämpfer(in) für gendergerechte Sprache. Der CDU-Oberbürgermeisterkandidat Eckhard Scholz hingegen erklärte, der Genderstern sei in der Wissenschaft längst gängige Praxis. „Wir sollten offen dafür sein.“ Der Oberbürgermeisterkandidat der SPD allerdings sagte, er hätte das nicht gemacht. Ein Herzensanliegen der SPD war die gendergerechte Verwaltungssprache also sicher nicht. Wohl aber ein gefälliges Instrument, um von der eignen Unzulänglichkeit abzulenken.



Die Broschüre des Anstoßes

Kein souveräner Auftritt

SPD-Kandidat blamiert sich auf CSD-Bühne

Das Leben ist nicht immer fair, die Politik erst recht nicht – und die Bühnenshow einer Dragqueen schon mal gar nicht. Dass der Auftritt auf der Bühne beim Christopher Street Day für Politiker nicht immer ein Heimspiel und schon gar kein Zuckerschlecken ist, musste die CDU schon mehr als einmal erfahren.

Als nach längerer Pause der CSD in Hannover wieder politischer wurde und auch die LSU dort wieder mitmischte, nahm etwa der damalige hannoversche CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Dirk Toepffer an einer Podiumsdiskussion teil. Die Anmoderation durch Holger Edmaier drückte schon sehr deutlich aus, dass man Christdemokraten beim CSD eher nicht mit offenen Armen empfängt. Toepffer nahm's entspannt – und spiegelte, dass es hier offenbar eine Gruppe, die für Toleranz kämpft, an ebendieser fehlte.

Das war 2016. 2017, 2018 und 2019 hatte Mareike Wulf das CDU-Ticket auf dem hannoverschen CSD fest gebucht – wofür wir sehr dankbar sind. Bei diesen Auftritten war sie immer ehrlich und authentisch und konnte mit den kritischen Moderationen und den unfairen Zwischenrufen stets professionell umgehen.

SPD-Kandidaten liefert sich „Bitchfight“

Das können allerdings nicht alle, wie in diesem Jahr der OB-Kandidat der Sozialdemokraten unrühmlich bewiesen hat. Der



Bitchfight beim CSD.

Energycity-Vorstand, der für die SPD das Rathaus verteidigen möchte, hatte sich schön vorbereitet auf das Straßenfest der Lesben- und Schwulen-Community in diesem Jahr. Er wollte den Anwesenden gerne von seinen Plänen erzählen, wie Hannover zur „Gay City des Nordens“ werden sollte – etwa durch schwule Ampelmännchen oder Regenbogen-Zebrastreifen. Dass Moderatorin Jacky-Oh Weinhaus ihn allerdings auch auf seine ablehnende Haltung zum Genderstern ansprach, gefiel dem Sozialdemokraten gar nicht. Er fühlte sich herausgefordert und wollte sich wohl auf ein kleines Wortgeplänkel einlassen – doch dabei versagte er grandios. Für alle, die dieses wenig souveräne Spektakel verpasst haben, hat Jacky-Oh Weinhaus den „Bitchfight live on Stage“ auch bei Youtube zur Verfügung gestellt.

Link zum Video:

www.youtube.com/watch?v=w1YMhmhY86g

Ampelmännchen und bunte Zebrastrifen

Das Ampelbündnis in Hannover hat erklärt, zum nächsten CSD an ausgewählten Ampeln homosexuelle Ampelmännchen anbringen lassen zu wollen. Als LSU halten wir von diesen Plänen reichlich wenig.



„Das ist reine Symbolpolitik und dann auch noch unambitioniert“, sagt LSU-Landeschef Alexander van der Wardt. „Schwule Ampelmännchen oder Regenbogen-Zebrastreifen, wie sie der SPD-Oberbürgermeisterkandidat vorgeschlagen hatte, ändern nichts an der Situation von Homosexuellen in dieser Stadt. Zudem sollen die Ampelmännchen auch nur zum CSD oder die Zebrastrifen nicht in der Nähe von Schulen eingerichtet werden – was soll denn sowas?“



Die LSU fragt sich auch, was diese Symbolik kosten soll. „Wäre das Geld nicht besser in die inhaltlich starken Projekten für LSBTI, wie etwa SCHLAU oder das queere Jugendzentrum, investiert?“